



Antrag

der Abgeordneten **Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Ruth Müller SPD**

Aktionsplan zur Gewährleistung des Tierschutzes in Bayern erstellen – unsere Tierheime nicht länger im Stich lassen und die Behörden im Bereich Tierschutz stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend einen Aktionsplan zur Gewährleistung des Tierschutzes in Bayern zu erarbeiten und darauf hinzuwirken, dass

- eine finanzielle Unterstützung des Freistaates bei Investitionen in Tierheimen etabliert wird;
- eine bayernweite Regelung zur Abwicklung der Fundtierpauschale in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Tierschutzbund Bayern geschaffen wird;
- die finanzielle und personelle Ausstattung der Behörden im Bereich des Tierschutzes verbessert wird, um den Vollzugs des Tierschutzgesetzes zu gewährleisten.

Begründung:

Viele Tierheime in Bayern sind marode, Neubauten oder Sanierungsmaßnahmen sind nicht zuletzt unter dem Aspekt des Arbeitsschutzes dringend notwendig. Die Tierschutzvereine als Träger der Tierheime können durch Mittel aus der Fundtierkostenübernahme, Spenden und großes ehrenamtliches Engagement zwar den laufenden Betrieb aufrechterhalten, für Bau- und Sanierungsmaßnahmen fehlt jedoch das Geld. Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen oder Brandenburg tragen dem Umstand Rechnung, dass Tierheime Aufgaben der öffentlichen Hand übernehmen und gewähren Zuwendungen für Investitionen an Tierheime.

Bayernweit unterliegen die Fundtierpauschalen einer erheblichen Spreizung, im Durchschnitt werden jedoch weniger als 50 Cent je Einwohner von den Kommunen an die Tierheime entrichtet. Dieser Betrag reicht bei weitem nicht aus, um die laufenden Kosten zu decken, geschweige denn Investitionen in notwendigem Umfang zu tätigen.

Vielerorts klagen Behörden über den Personalnotstand im Bereich des Vollzugs des Tierschutzgesetzes. So ist die Aufklärungsquote im Bereich der Umweltkriminalität, beispielsweise bei den illegalen Luchstötungen, erschreckend niedrig. Hier bedarf es dringend einer Analyse, um die personellen und sachlichen Schwachpunkte der Behörden zu ermitteln und entsprechend zu beseitigen.